

Protokoll

über die Sitzung

**des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Tourismus
am Dienstag, dem 23.01.2024, 19:00 Uhr,
Gaststätte "Deutsches Haus" in Friedeburg, Friedeburger Hauptstraße 87**

Anwesend:

→ Ausschussmitglieder

Maike Eilers, Abickhufe (Vorsitzende)
Gerrit Bashagen, Friedeburg
Ramona Beckmann, Friedeburg
Arthur Engelbrecht, Marx
Kai Glowalla, Friedeburg
Detlef Grüßing, Bentstreek
Andreas Haak, Etzel
Walter Johansen, Horsten
Burkhard Putschke, Friedeburg

→ beratende Mitglieder für den Jugendbereich

Vladyslava Savchuk, Jugendparlament

→ Vertreter der Verwaltung

Helfried Goetz, Bürgermeister
GAR Matthias Rahmann
Verw.-Angest. Ria Roßmüller (Protokollführerin)

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnete um 19:00 Uhr die öffentliche Sitzung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende stellte fest, dass form- und fristgerecht mit Schreiben vom 11.01.2024 zur Sitzung eingeladen worden und der Ausschuss beschlussfähig sei. Einwendungen dagegen wurden nicht erhoben.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Der vorliegenden Tagesordnung wurde mit 9 Ja-Stimmen zugestimmt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 22.11.2023 - öffentlicher Teil

Das Protokoll der Sitzung vom 22.11.2023 – öffentlicher Teil – wurde mit 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

**TOP 6 Haushaltssatzung und -plan für das Haushaltsjahr 2024
Vorlage: 2024-002**

Die Vorsitzende übergab das Wort dem BM. Dieser erläuterte kurz, dass man im Rahmen der Haushaltsaufstellung in Konsolidierungsrunden mit allen Fraktionen und der Gruppe nach Einsparungen gesucht habe, was letzten Endes auch im Vergleich zu zurückliegenden Jahren größeren Erfolg gebracht habe. So habe man aber auch durchaus liebgewonnene streichen müssen und auch eine Erhöhung der Realsteuern habe beschlossen werden müssen.

GAR Rahmann präsentierte anschließend Haushaltssatzung und –plan für das Haushaltsjahr 2024.

Der BM stellte fest, dass die aktuelle Haushaltssituation nicht einfach sei. Aufgrund der allgemeinen Preissteigerung und gestiegener Energiekosten sei es schwierig, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Er nahm hierzu ergänzend Bezug auf Äußerungen des Landrates des Landkreises Friesland, welcher in diesen deutlich gemacht habe, dass keine Gemeinde im Land Niedersachsen in der Lage sei, den Haushalt auszugleichen. Der BM erklärte, dass der Ausgleich des Haushaltes der Gemeinde auch nur durch Kürzungen in Verbindung mit Steuererhöhungen möglich sei. In 2025 würden allerdings zusätzliche Belastungen hinzukommen, die einen Haushaltsausgleich erschwerten. Beispielhaft nannte er dabei den Anspruch auf Ganztagsbetreuung in den Grundschulen, weshalb auch hier wohl schon absehbar sei, dass eine weitere Konsolidierung zu erfolgen habe. Er warb abschließend dafür, dass der Rat der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan einstimmig zustimme, um hier auch das Ergebnis der gemeinsamen Konsolidierung geschlossen zu vertreten.

Rh. Putschke stimmte dem BM zu, dass die finanzielle Situation nicht zu bejubeln sei. In den nächsten Jahren werde es immer schwieriger sein, einen Haushaltsausgleich zu erzielen. Steuern könne man dabei auch nur bedingt anheben, Immobilien und Vermögen nur einmalig veräußern. Er lobte die gute Zusammenarbeit der Fraktionen und der Gruppe, die im Ergebnis zum Ausgleich des Haushaltes geführt habe. Die gemeinsame Arbeit sei wichtig im Sinne des Wohles der Gemeinde.

Rh. Haak bedankte sich bei allen für die Erstellung des Haushaltes, vor allem bei der Konsolidierungsrunde. Diese habe darauf hingearbeitet, dass alle gleichmäßig durch die Einsparungen und der Hebesatzerhöhung betroffen seien. Er wies darauf hin, dass die Personalkosten sich seit 2011 verdoppelt hätten und bat im Hinblick auf den Haushalt 2025 und den zu treffenden Beschlüssen in 2024 möglichst frühzeitig mit einer Konsolidierung zu beginnen.

Rh. Engelbrecht hob ebenfalls hervor, dass die Konsolidierung fraktionsübergreifend in allen diskutierten Punkten am Ende auch einstimmige Entscheidungen getroffen habe. Dies sah er als großen Erfolg an und ergänzte, dass neben den getroffenen Entscheidungen im Ergebnisbereich auch die weitere Notwendigkeit der Verschiebung von Investitionen weiter zu prüfen sei. Ein Vergleich mit den Problemen anderer Kommunen solle im Übrigen unterbleiben, da man besser den Blick auf die Problemlösung in der eigenen Gemeinde haben solle.

Rh. Grüßing führte aus, dass aufgrund von Anforderungen und Vorgaben der Regierung, wie beispielsweise der Wärmeplanung, die Verwaltungsarbeit in den Gemeinden immer mehr zunehme. Dies würde dazu führen, dass mehr Personal benötigt werde, was dann auch zu bezahlen sei. Er habe die Hoffnung, dass aufgrund der immer schlechteren Haushaltslage aller Gemeinden und Landkreise die Bürokratie sich hier ändere und neben der Übertragung neuer Aufgaben auch eine entsprechende Kostenübernahme erfolge.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 03.01.2024 wurde mit 9 Ja-Stimmen zugestimmt:

Dem VA wird empfohlen, dem Rat folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Der Rat beschließt den vorliegenden Entwurf der Haushaltssatzung nebst dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024.

**TOP 7 Hebesatzsatzung 2024
 Vorlage: 2024-001**

Die Vorsitzende übergab das Wort an den BM. Dieser erläuterte kurz den Hintergrund und Zusammenhang zur Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes 2024, weshalb die Realsteuerhebesätze, nach Abstimmung in der Konsolidierungsrunde, auf 380 v.H. angehoben werden sollen.

Rh Putschke erklärte, dass eine Steuererhöhung nie gut sei. Dennoch befänden sich die derzeitigen Realsteuerhebesätze zum Teil deutlich unter dem nivellierten Hebesatz und ein Ausgleich des Haushaltes sei ohne eine Anpassung der Hebesätze nicht möglich. Er betonte, dass neben der Erhöhung der Hebesätze der Grundsteuer auch in selber Höhe des Mehrertrages eine Einsparung bei den Sachaufwendungen eingeplant worden sei.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 03.01.2024 wurde mit 9 Ja-Stimmen zugestimmt:

Dem VA wird vorgeschlagen, dem Rat folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Dem Entwurf der Satzung der Gemeinde Friedeburg über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze für das Haushaltsjahr 2024 gemäß DS-Nr. 2024-001 wird zugestimmt.

**TOP 8 Änderung der Satzung über Aufwandsentschädigungen für
 Ratsfrauen/Ratsherren
 Vorlage: 2024-005**

Die Vorsitzende übergab das Wort an den BM. Dieser merkte an, dass mit Blick auf die Konsolidierung des Haushaltes 2024 man zu dem Ergebnis gekommen sei, dass jeder einen Beitrag leisten wolle. Daher gebe es nun diese Beschlussvorlage und er appelliere an alle Ratsmitglieder, die das elektronische Ratsinformationssystem nutzen würden, nun nicht zum Ausdruck und Versand der Unterlagen zurückzukehren. Weiter sei es wünschenswert, wenn man ebenfalls das Ziel verfolgen würde, dass alle das elektronische Ratsinformationssystem nutzen würden, um noch mehr Druck- und Versandkosten einzusparen.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 09.01.2024 wurde mit 9 Ja-Stimmen zugestimmt:

Dem Verwaltungsausschuss wird empfohlen, dem Rat folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Die Zahlung der zusätzlichen Aufwandsentschädigung für Ratsfrauen und Ratsherren zur Deckung ihrer technischen Infrastruktur-, Druck- und Kommunikationskosten in Höhe von monatlich 20,00 € wird zum 31.01.2024 eingestellt. § 2 Abs. 7 der Satzung über Aufwands-, Verdienstausfall- und Auslagenentschädigung für Ratsfrauen/Ratsherren und ehrenamtlich tätige Personen in der Gemeinde Friedeburg wird dementsprechend ersatzlos gestrichen.

TOP 9 Einwohnerfragestunde

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

TOP 10 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgte kein Bericht.

TOP 11 Anfragen und Anregungen

Hierzu gab es keine Wortmeldung.

TOP 12 Schließung der Sitzung

Die Vorsitzende schloss um 19:31 Uhr die Sitzung.

Vorsitzender

Bürgermeister

Protokollführerin